

1. Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen

In sieben Bundesländern existiert bereits ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen.

a) Wie steht Ihre Partei zu einem Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen in Berlin?

Die Piraten Berlin befürworten ein Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen haben dies bereits seit 2011 im Programm.

b) Falls Sie das Verbandsklagerecht befürworten: Planen Sie eine Initiative dafür im Abgeordnetenhaus? Wenn ja, wann?

Wir haben die Initiative zum Verbandsklagerecht in der laufenden Legislaturperiode eingebracht und werden diese in der kommenden wieder einreichen. Wir hoffen, dass es dann keine Koalition mehr gibt, die dagegen stimmt.

<http://www.parlament-berlin.de/ados/17/Recht/vorgang/r17-0227-v.pdf>

2. Wildtiere im Zirkus

Der Bundesrat hat in seiner EntschlieÙung vom März 2016 im Detail erläutert, warum die Haltung bestimmter Tierarten im Zirkus anhaltendes Leiden bedeutet. Die Bundesregierung betont jedoch, weiterhin nichts unternehmen zu wollen. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof gab im April dieses Jahres „Grünes Licht“ für städtische Wildtierverbote im Zirkusl.

Befürworten Sie ein berlinweites kommunales Zirkuswildtierverbot mittels eines Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses?

Ja, dies haben wir uns ins Grundsatzprogramm geschrieben. Die unterschiedliche Handhabe in den Berliner Bezirken ist nicht zielführend.

3. Pferdekutschen für Touristen

Die kommerzielle Nutzung von Pferden vor Kutschen kann in Berlin nicht tiergerecht gestaltet werden. Trotz der Schaffung der *Leitlinien für Pferdefuhrwerksbetriebe* kam es weiterhin zu zahlreichen Missständen und Vorfällen, bei denen beispielsweise Pferde erschöpft vor der Kutsche kollabierten und Menschen durch scheuende Pferde verletzt wurden.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Nutzung von Pferden für kommerzielle Kutschfahrten am Brandenburger Tor, innerhalb des Innenstadtrings und auf weiteren verkehrsreichen Straßen in Berlin?

Wir sind die einzige Partei, die in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Antrag zur Beendigung des Leids der Kutschpferde eingebracht hat. Siehe: <http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/adis/citat/VT/17/DruckSachen/d17-1949.pdf>

Zwei beispielhafte Pressemitteilungen dazu finden sie hier:

<https://www.piratenfraktion-berlin.de/2015/07/13/pferde-gehoren-nicht-in-den-innenstadtverkehr-philipp-magalski/>

<https://www.piratenfraktion-berlin.de/2016/06/15/kutschpferde-werden-in-berlin-weiterhin-leiden-philipp-magalski/>

b) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei konkret, damit Pferde in Berlin künftig nicht mehr erschöpft vor Kutschen zusammenbrechen oder Unfälle verursachen?

Wir fordern ein Verbot des Kutschbetriebs in der Innenstadt. (siehe a)

c) In zahlreichen Weltmetropolen wie London oder Tel Aviv sind kommerzielle Pferdekutschen untersagt. Würde Ihre Partei einen Prüfauftrag, wie ein Verbot kommerzieller Pferdekutschen in Berlin rechtssicher umgesetzt werden kann, unterstützen?

Ja.

4. Tiere auf Weihnachts- und Jahrmärkten und ähnlichen Veranstaltungen

In Berlin werden Tiere regelmäßig zur Unterhaltung auf Festveranstaltungen genutzt, insbesondere in Form von sogenannten Ponykarussells. Laut einer GfK-Umfrage hält eine deutliche Mehrheit der Deutschen Ponykarussells für nicht tiergerecht und befürwortet ein Verbot². Pferdeexperten bestätigen, dass Ponykarussells nicht tiergerecht sind. Zahlreiche Städte haben die Nutzung von Pferden in Ponykarussells bereits untersagt

3.

a) Wie steht Ihre Partei zu der Nutzung von Pferden für Ponykarussells und Tieren auf Festveranstaltungen (z. B. lebende Krippen auf Weihnachtsmärkten)?

Wir verurteilen diese Nutzung aufs schärfste.

b) Würden Sie eine Initiative im Abgeordnetenhaus für ein berlinweites Verbot von Ponykarussells unterstützen oder auch initiieren?

Ja, wir würden es sowohl initiieren als auch unterstützen.

c) Würden Sie eine Initiative im Abgeordnetenhaus für ein berlinweites Verbot von Tiernutzungen auf Jahrmärkten, Weihnachtsmärkten und ähnlichen Festveranstaltungen unterstützen oder auch initiieren?

Ja, wir würden es sowohl initiieren als auch unterstützen.

5. Illegaler Pelzhandel

Bei mobilen („fliegenden“) Händlern von Pelzartikeln (Mützen usw.) im Berliner Innenstadtbereich wurden bei Kontrollen durch Behörden und Tierschützer immer wieder falsch deklarierte und illegale Artikel, wie Häute von Hunden, Katzen oder Wölfen, entdeckt. Behörden gaben jedoch an, die Kapazitäten für ausreichende Kontrollen nicht erbringen zu können.

a) Befürworten Sie ein Verkaufsverbot von Echtpelzartikeln für die mobilen Händler?

Ja,

b) Befürworten Sie engmaschige Kontrollen der angebotenen Artikel durch die Berliner Behörden?

Ja. Dazu bedarf es einer besseren Personalausstattung der Ordnungsämter, die wir befürworten.

6. Heimatlose domestizierte Tiere in Berlin

a) Über 340 Städte und Gemeinden haben bereits die Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht von Katzen, denen Freigang gewährt wird, eingeführt. Halter von Freigängerkatzen müssen ihre Tiere kastrieren und registrieren lassen, um die Anzahl der verwilderten Katzen, die oftmals krank, unterernährt und vielen Gefahren ausgesetzt sind, einzudämmen.

Befürwortet Ihre Partei eine solche tierfreundliche Regelung in Berlin?

Ja. Wir haben bereits einen Katzentisch initiiert, bei dem eine Katzenkastrationsverordnung beraten wurde, die in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden soll.

b) Heimatlose Tauben sind in Städten zahlreichen Gefahren ausgesetzt. Durch betreute Taubenschläge kann sowohl die Vermehrungsrate als auch das Leid der Tiere nachweislich verringert werden.

Befürwortet Ihre Partei die Errichtung und Finanzierung weiterer betreuter Taubenschläge in Berlin durch die öffentliche Hand?

Ja, die vorhandenen Taubenschläge reichen nicht aus. Das ehrenamtliche Engagement der Taubenschützer muss zudem vom Senat finanziell unterstützt werden.

7. Unterstützung der Veterinärbehörden

Viele der für die Durchsetzung und Kontrolle des Tierschutzes zuständigen Bezirksveterinärbehörden in Berlin bekunden, das Tierschutzrecht aus Personal- und Zeitmangel nicht effektiv durchsetzen zu können.

a) Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um die Berliner Behörden zu einer vollumfänglichen Durchsetzung des Tierschutzgesetzes zu befähigen?

Wir streben hierzu an, die personelle wie finanzielle Ausstattung der Bezirksämter und hier insbesondere der Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsämter (VetLeb) erheblich zu verbessern.

b) Befürwortet Ihre Partei eine Aufstockung im personellen und finanziellen Bereich der für den Tierschutz zuständigen Vollzugsbehörden?

Ja. (siehe a)

8. Betteln mit Tieren / Welpenhandel

Das Betteln mit Tieren, insbesondere mit Jungtieren, prägt vielerorts das Straßenbild in Berlin. Meist verbergen sich organisierte mafiöse Banden dahinter, die die Gutmütigkeit der Menschen schamlos ausnutzen – zum Nachteil der Tiere, die dafür missbraucht werden. In München und Schwerin wurde das Betteln mit Tieren bereits untersagt. Häufig bieten die Bettler die Welpen auch unerlaubterweise zum Kauf an. Berlin wurde so ein „Hotspot“ des illegalen Welpenhandels.

a) Befürwortet Ihre Partei ein grundsätzliches Verbot des Bettelns mit Tieren in Berlin?

Wenn Menschen, durch welches Schicksal auch immer begründet, durch das soziale Netz fallen und ihren Anspruch auf Sozialhilfe nicht mehr oder nicht mehr in ausreichendem Maße geltend machen können, bleibt vielen von ihnen kaum etwas anderes übrig, als betteln zu gehen. Vielen Obdachlosen sind Hunde als einzige Freunde geblieben. Wir wollen diesen nicht unnötige bürokratische Steine in den Weg legen bzw. diese Freundschaften gefährden. Daher lehnen wir ein grundsätzliches Verbot ab. Wo aber der Verdacht auf den Missbrauch der Tiere nahe liegt, muss entsprechend verwahrt und ggf. bis zur Wegnahme des Tieres durchgegriffen werden.

b) Plant Ihre Partei Maßnahmen gegen den illegalen Welpenhandel in Berlin? (z. B. Vernetzung der Bezirksbehörden durch Einführung einer Datenbank für registrierte Vorfälle aus diesem Bereich; Einstufung des Welpenhandels als organisierte Kriminalität u. a.)

Ja, mit den genannten Maßnahmen. Wir hoffen, den illegalen Welpenhandel so eindämmen zu können, dass er nicht mehr nennenswert in Erscheinung tritt.

9. Tierversuche an Hochschulen

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Schmerzen für die Tiere verbunden, während die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen und die wissenschaftliche Aussagekraft höchst umstritten sind. In zwei Bundesländern (Hessen und NRW) ist im jeweiligen Landeshochschulgesetz bereits festgelegt, dass die Universitäten auf Antrag der Studierenden tierversuchsfreie Prüfungsleistungen anzubieten haben.

a) Befürwortet Ihre Partei die Aufnahme einer solchen Regelung in das Berliner Landeshochschulgesetz?

Ja.

b) Wie steht Ihre Partei zu der Durchsetzung des 3-R-Prinzips (Replace, Reduce, Refine) an deutschen Hochschulen?

Wir unterstützen das 3-R-Prinzip ausdrücklich.

c) Wie steht Ihre Partei – vor dem Hintergrund, dass im Max-Delbrück-Centrum (MDC) bereits massive Verstöße gegen das Tierschutzgesetz festgestellt wurden – zu der Erweiterung der Tierversuchskapazitäten in Berlin, beispielsweise durch das MDC?

Wir lehnen diese von Beginn an ab und haben bereits bei der Änderung des Flächennutzungsplanes darauf hingewiesen.

10. Tiere in den Berliner Zoos

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im Mai 2014 mit dem „Gutachten über Mindestanforderungen an die Haltung von Säugetieren“ ein überarbeitetes Regelwerk für die Haltung von Säugetieren in Zoos veröffentlicht. In beiden Berliner Zoos ist die Umsetzung dieser wichtigen Tierschutzrichtlinien bei vielen Gehegen auch nach über zwei Jahren nicht zu erkennen. Stattdessen wurden kostspielige und prestigeträchtige Neuanschaffungen, wie beispielsweise zwei Pandabären, beschlossen.

a) Befürwortet Ihre Partei die Erstellung eines Maßnahmenplans für beide zoologischen Einrichtungen, um die Umsetzung der Haltungsvorgaben des BMEL aus dem Jahr 2014 schnellstmöglich zu erreichen?

Ja.

b) Wie steht Ihre Partei zu dem Vorschlag, die Einhaltung der vorgenannten Mindestanforderungen für alle Tiergehege zu erreichen, indem die Anzahl der zur Schau gestellten Tierarten reduziert und frei werdende Gehege zusammengelegt werden?

Ja. Wir setzen uns grundsätzlich für eine schrittweise Reduzierung der zur Schau gestellten Tiere mit dem Ziel ein, irgendwann ganz auf die Zurschaustellung verzichten zu können, da sie neben der nicht herstellbaren Artgerechtigkeit auch einen sehr umstrittenen pädagogischen Sinn hat. Empathie für Tiere kann anders erreicht werden, Artenschutz muss durch die Rückgabe und den Schutz des Lebensraums der Tiere geschehen.

c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tierschutzorganisationen, die Zoohaltung besonders sensibler Tierarten wie Eisbären oder Menschenaffen, die unverkennbar und nachweislich unter einer Gefangenschaft leiden, mittels eines Nachstellverbots auslaufen zu lassen?

Wir unterstützen diese Forderung und wollen sie auch auf andere Arten ausweiten.